

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 8. November 1962

C 7107 A

Ausgabe H*

Nr. 262 - Preis 30 Pf

Debatte über „Spiegel“-Affäre Tumulte im Bundestag

Bestätigt

etc. — Der Ausgang der Wahlen zum amerikanischen Kongreß ist ein klarer Erfolg für John F. Kennedy. Irgendwie ist es eine Ironie des Schicksals, daß mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit eine außenpolitische Entscheidung des Präsidenten — seine entschlossene Haltung in der Kuba-Krise — den Demokraten den Aufwind gegeben hat, der sie einen von ihren Wahlstrategen insgeheim befürchteten „leichten Rückgang“ doch noch überwinden ließ. Kennedys Ziel in dieser Wahl, bei der sein eigenes Amt nicht in Frage stand, war auf die Innenpolitik gerichtet gewesen. Amerika muß, das war seine These, vor allem im Innern modern werden; nur so kann es seine Führungsrolle in der Welt spielen.

Die Diskussion um die Vorwärtsbewegung im Innern wurde durch den Zwang der außenpolitischen Ereignisse jäh abgebrochen. Aber das bedeutet eben, daß die Zustimmung, die Kennedy für sich aus den Wahlergebnissen herauslesen kann, keinesfalls auch ein Ja zu seinen innenpolitischen Reformplänen ist.

International gesehen, wird aber dem Präsidenten diese Bestätigung seines Rückhalts im amerikanischen Volk, diese Stärkung seines Ansehens sehr gelegen kommen. Er weiß, daß die Auseinandersetzung um die sowjetischen Angriffswaffen auf Kuba nur eine Episode in dem langen Ringen mit dem Kommunismus ist. Er weiß, daß der Kreml nur darauf lauert, an irgendeinem Fleck der Erde „Rache für Kuba“ zu nehmen, wie betörend auch die Friedensschalmeien aus Moskau heute klingen mögen.

Für alle, die in diesem Ringen auf der Seite Kennedys sind, ist es gut, zu wissen, daß das amerikanische Volk hinter ihm steht. Ein gestärkter Kennedy ist eine Beruhigung für die bedrohte Welt.

Schickt Ben Bella Truppen nach dem Jemen?

Tais, 7. November (dpa) Der algerische Ministerpräsident Ben Bella soll sich bereit erklärt haben, zwei voll ausgerüstete algerische Regimenter zur Unterstützung der republikanischen Truppen nach dem Jemen zu entsenden. Dies berichtete am Mittwoch eine in Tais im Jemen erscheinende Zeitung.

Nach saudi-arabischen Meldungen sind seit Dienstag abend schwere Kämpfe an der saudi-arabisch-jemenitischen Grenze im Gange. Wie in einem Teil der Auflage gemeldet, hat Saudi-Arabien wegen der ägyptischen „Aggression“ die Beziehungen zu Kairo abgebrochen.

Der jemenitische Vizepräsident El-Baidani erörterte mit dem chinesischen Geschäftsträger ein neues technisches Hilfsprogramm. (Saudiarabien meldet Aggression: Seite 4.)

Weltkirchenrat beurteilt Konzilverlauf positiv

Genf, 7. November (AP) Der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Dr. Vissert Hoof, hat sich am Mittwoch äußerst optimistisch über die Aussichten geäußert, die das Zweite Vatikanische Konzil für eine Wiedervereinigung der katholischen mit nicht-katholischen Kirchen erbracht habe. Das Konzil bringe „das Gesamtleben der Kirche“ weit wirklichsnäher zum Ausdruck, als es vorher für möglich gehalten worden sei. Er, Hoof, sei beeindruckt von den Möglichkeiten für bedeutsame Schritte zur Verbesserung der interkirchlichen Beziehungen durch die Weltbischofsversammlung in Rom.

Hannover will Bundesgesetz über Polizeireserve

Von unserem Korrespondenten R.S. Hannover, 7. November Niedersachsen will sich beim Bundesinnenminister für ein Bundesgesetz zur Aufstellung einer Polizeireserve einsetzen, das für den Fall eines Notstandes die gegenwärtigen Polizeikräfte nach Ansicht des niedersächsischen Innenministers Benemann völlig unzureichend sind. Es sei zu wenig erfolgversprechend, wenn jetzt die einzelnen Länder dazu übergingen, auf freiwilliger Grundlage sogenannte Polizeireserven zu bilden.

Höcherl weist Vorwürfe zurück Adenauer ruft Proteste hervor

Von unserem Korrespondenten

Ho. Bonn, 7. November

Zu tumultartigen Szenen kam es am Mittwoch im Bundestag während einer Debatte über die Begleitumstände bei der Ermittlung gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Bundeskanzler Adenauer griff mehrere Male in die Auseinandersetzung ein. Bundesinnenminister Höcherl wies die Vorwürfe der Opposition zurück.

Partei Kennedys verbessert ihre Position

Kabelbericht unseres Korrespondenten Bo. Washington, 7. November

Die amerikanischen Wahlen haben Kennedy die Genugtuung gegeben, daß seine Partei das geschichtliche Gesetz umkehren konnte, demzufolge in Zwischenwahlen die im Weißen Haus regierende Partei beträchtliche Verluste im Kongreß erleidet.

Die Demokraten haben ihre bestehende Mehrheit im Senat verbessert und im Repräsentantenhaus nach dem Trend annähernd ihren Vorsprung vor den Republikanern halten können.

Nach inoffizieller Auszählung ergab sich Mittwoch abend, daß die beiden Häuser des Kongresses für die nächsten zwei Jahre voraussichtlich in folgender Weise besetzt sein werden (in Klammern die bisherige Mandatsverteilung):

Senat: 68 (64) Demokraten und 32 (36) Republikaner. Insgesamt waren 39 der 100 Senatoren neu zu wählen.

Repräsentantenhaus: 259 (263) Demokraten und 176 (172) Republikaner. Alle 435 Abgeordneten wurden neu gewählt.

In den Gouverneurswahlen stand bis Mittwoch abend fest, daß die Demokraten in 18 Staaten Steiger geblieben waren, die Republikaner in 13. In vier Staaten war die Wahl noch nicht entschieden, da die Kandidaten dort Kopf an Kopf lagen.

In einer ersten Stellungnahme hat Präsident Kennedy am Mittwochabend seine Genugtuung über das Wahlergebnis ausgedrückt und die Erwartung ausgesprochen, daß der neue Kongreß die schweren Aufgaben „in fortschrittlicher und energischer Weise“ behandeln werde.

Kennedy hat jedoch nicht einen wesentlich fortschrittlicheren Kongreß erhalten, wie er ihn in seiner persönlichen Einschätzung vor der Kuba-Krise gefordert hatte. Er wird möglicherweise seine Sozialgesetze bis nach 1964 zurückstellen müssen.

(Fortsetzung Seite 5, Spalten 2 und 3.)

Brown Hart war das Rennen für den 57-jährigen Demokraten, der als Gouverneur von Kalifornien bestätigt wurde. „Warum Nr. 2 in einer größeren Stadt sein, wenn man Nr. 1 in einer kleineren sein kann“, sagte er über seine politischen Pläne.

Kennedy Mit großer Überlegenheit übertrug er die 30-jährige Edward Kennedy in Massachusetts einen Senatssitz. Er sagte nach einem Telefonat mit dem Weißen Haus, sein „großer Bruder“ sei mit dem Ergebnis „außerordentlich zufrieden“.

Romney Der 55-jährige Republikaner wird neuer Gouverneur von Michigan. Er hat sich als Automobilunternehmer einen Namen gemacht. Vielfach gilt er als „Mister Clean“ (Herr Sauer), weil er weder raucht noch Kaffee, Tee oder Alkohol anrührt.

Rockefeller Der Millionär und New Yorker Gouverneur gilt als „republikanischer Roosevelt“. Als ihn ein Anhänger fragte, ob er das Rockefeller-Abzeichen für die Präsidentschaftswahl 1964 behalten sollte, meinte der 54-jährige: „Dasentscheiden Sie selbst!“

Romney Der 55-jährige Republikaner wird neuer Gouverneur von Michigan. Er hat sich als Automobilunternehmer einen Namen gemacht. Vielfach gilt er als „Mister Clean“ (Herr Sauer), weil er weder raucht noch Kaffee, Tee oder Alkohol anrührt.

Kennedy Mit großer Überlegenheit übertrug er die 30-jährige Edward Kennedy in Massachusetts einen Senatssitz. Er sagte nach einem Telefonat mit dem Weißen Haus, sein „großer Bruder“ sei mit dem Ergebnis „außerordentlich zufrieden“.

Romney Der 55-jährige Republikaner wird neuer Gouverneur von Michigan. Er hat sich als Automobilunternehmer einen Namen gemacht. Vielfach gilt er als „Mister Clean“ (Herr Sauer), weil er weder raucht noch Kaffee, Tee oder Alkohol anrührt.

Rockefeller Der Millionär und New Yorker Gouverneur gilt als „republikanischer Roosevelt“. Als ihn ein Anhänger fragte, ob er das Rockefeller-Abzeichen für die Präsidentschaftswahl 1964 behalten sollte, meinte der 54-jährige: „Dasentscheiden Sie selbst!“

Romney Der 55-jährige Republikaner wird neuer Gouverneur von Michigan. Er hat sich als Automobilunternehmer einen Namen gemacht. Vielfach gilt er als „Mister Clean“ (Herr Sauer), weil er weder raucht noch Kaffee, Tee oder Alkohol anrührt.

Kennedy Mit großer Überlegenheit übertrug er die 30-jährige Edward Kennedy in Massachusetts einen Senatssitz. Er sagte nach einem Telefonat mit dem Weißen Haus, sein „großer Bruder“ sei mit dem Ergebnis „außerordentlich zufrieden“.

Romney Der 55-jährige Republikaner wird neuer Gouverneur von Michigan. Er hat sich als Automobilunternehmer einen Namen gemacht. Vielfach gilt er als „Mister Clean“ (Herr Sauer), weil er weder raucht noch Kaffee, Tee oder Alkohol anrührt.

Rockefeller Der Millionär und New Yorker Gouverneur gilt als „republikanischer Roosevelt“. Als ihn ein Anhänger fragte, ob er das Rockefeller-Abzeichen für die Präsidentschaftswahl 1964 behalten sollte, meinte der 54-jährige: „Dasentscheiden Sie selbst!“

Romney Der 55-jährige Republikaner wird neuer Gouverneur von Michigan. Er hat sich als Automobilunternehmer einen Namen gemacht. Vielfach gilt er als „Mister Clean“ (Herr Sauer), weil er weder raucht noch Kaffee, Tee oder Alkohol anrührt.

Die Diskussion wird am Donnerstag fortgesetzt. Die Sozialdemokraten wünschen noch Antwort auf sechs Fragen. Davon soll Bundesverteidigungsminister Strauß fünf beantworten. Die sechste Frage ist an Bundespostminister Stücklen gerichtet.

Ursprünglich sollten am Mittwoch die Vorwürfe gegen die Bundesregierung wegen angeblicher Verfahrensverstöße nur im Rahmen einer Fragestunde erörtert werden. Doch dann entwickelte sich daraus eine längere Debatte, die durch das Eingreifen Adenauers scharfe Akzente erhielt.

Die Auseinandersetzung wurde von wütenden Zwischenrufen, Pfui-Rufen, Fausttrommeln und Pfiffen begleitet. Abgeordnete machten sich gegenseitig den Vorwurf der Beleidigung. Bundestagspräsident Gerstenmaier mußte immer wieder zur Glocke greifen, um den Rednern Gehör zu verschaffen.

Der größte Lärm im Plenum brach aus, als der Kanzler nach einer Erklärung des SPD-Abgeordneten Ritzel unter großer Erregung ans Mikrophon trat, und sagte: „Wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Lande. Es ist erschreckend, wenn von einem Blatt mit einer Auflage von 500 000 systematisch, um Geld zu verdienen, Landesverrat betrieben wird.“

Die letzten Worte des Bundeskanzlers gingen in den Mißfallensklängen aus den Reihen der Opposition unter. Unberührt davon äußerte sich der Kanzler im späteren Verlauf der Debatte — an die SPD gewandt — über den Herausgeber Augstein: „Auf der einen Seite verdient er an Landesverrat, und das finde ich einfach gemein. Zweitens verdient er an der allgemeinen Hetze auch gegen die Koalitionsparteien, und das gefällt Ihnen.“

Leidenschaftlich wandte sich der FDP-Abgeordnete Döring gegen diese Äußerung Adenauers. Unter tosendem Beifall der SPD und lautem Beifallsklatschen der Freien Demokraten rief Döring: „Ich muß dagegen protestieren, sowohl für meinen Freund als auch für den Staatsbürger Augstein, daß der Herr Bundeskanzler hier einfach sagt: „Augstein beging Landesverrat.“

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 2 bis 4)



Bundeskanzler Adenauer griff bei der Fragestunde im Bundestag mehrere Male in die Debatte über die „Spiegel“-Affäre ein. Er sagte: „Wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Lande. Es ist erschreckend, wenn von einem Blatt mit einer Auflage von 500 000 systematisch, um Geld zu verdienen, Landesverrat betrieben wird.“ Es kam zu tumultartigen Szenen im Parlament. Neben dem Kanzler am Mikrophon Bundesinnenminister Höcherl. Telefoto: UPI

Krishna Menon trat zurück

Von unserem Korrespondenten T. B. Neu-Delhi, 7. November

Krishna Menon ist am Mittwoch endgültig aus dem indischen Kabinett ausgeschieden. Am Vorabend der mit großer Spannung erwarteten Parlamentsdebatte über den indisch-chinesischen Grenzkonflikt hat sich Ministerpräsident Nehru damit von dem langjährigen Verteidigungsminister, wenn auch vielleicht nicht von dem Freund und Berater Menon, getrennt.

Am gleichen Tage wurde in Neu-Delhi ein neues Schreiben des chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-lai veröffentlicht, in dem dieser die Bereitschaft Chinas erklärt, „unter gewissen Bedingungen“ seine Truppen im Gebiet der McMahon-Linie zurückzuziehen. (Peking präzisiert Vorschläge: Seite 4.)

Einstweilige Verfügung gegen Adenauer beantragt

Hamburg, 7. November (UPI)

Der „Spiegel“-Verlag teilte am Mittwoch in Hamburg mit, er habe seine Anwälte beauftragt, eine einstweilige Verfügung oder Anordnung gegen den Kanzler zu erwirken. Adenauer soll gerichtlich untersagt werden, Behauptungen, wie er sie vor dem Bundestag über den „Spiegel“ aufgestellt habe, weiter zu verbreiten.

Nach Ansicht des „Spiegel“-Verlages können auch das Alter und die Verdienste des Kanzlers „seiner ungeheuerlichen Äußerungen“ nicht rechtfertigen.

„Zunächst kein Treffen mit Kennedy“

Chruschtschow kündigt Ende von Tests an — „Berlin-Frage akut“

Nachrichtendienst der WELT

Moskau, 7. November Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow benutzte am Mittwoch den Anlaß eines Empfanges zum 45. Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution, um sich zu wichtigen Fragen der Weltpolitik zu äußern. Im einzelnen berührte er folgende Punkte:

Berlin — Nach der Entspannung im Kuba-Konflikt werde die Berlin-Frage immer aktueller. Moskau wolle einen „deutschen Friedensvertrag“. Chruschtschow lehnte es ab, Termine zu nennen.

Versuchsstopp — Chruschtschow kündigte zum 20. November die Beendigung der derzeitigen sowjetischen Kernwaffen-Versuchsserie an. Nach seiner Ansicht sei jetzt der Augenblick für einen diesbezüglichen Vertrag günstig.

Gipfeltreffen — Zurzeit liege die Notwendigkeit eines Treffens Chruschtschow — Kennedy nicht vor, da die Lage sich entspannt habe.

Kuba-Krise — Die Beilegung der Krise sei nur durch Kompromisse möglich gewesen. Die 40 dort stationierten sowjetischen Raketen seien nun auf dem Wege zurück in die Sowjetunion. Im Gegensatz zu Castro glaube Chruschtschow an die Versicherung des amerikanischen Präsidenten, daß er keine Invasion in Kuba versuchen wolle. („Berlin aktuell“: S. 4.)

„Die Deutschen sind ein reisefreudiges Volk“

Eigenbericht der WELT

R. K. Stuttgart, 7. November Von den Erwachsenen in der Bundesrepublik werden 47 Prozent bis zum Jahresende eine Fahrt in den Urlaub angetreten haben. Damit sind die Deutschen nach Ansicht des Deutschen Reisebüro-Verbandes, der zurzeit in Stuttgart seine Jahrestagung abhält, das reisefreudigste Volk der Welt. Gleichzeitig wurde bekannt, daß 45 Prozent der Urlauber ins Ausland fahren. (Urlaub von der Stange: Letzte Seite.)

Starke lehnt Steuererhöhungen ab

Von unserem Korrespondenten Bb. Bonn, 7. November

„In Zukunft werden wir sorgfältig abzuwägen haben zwischen dem verständlichen Wunsch nach Wohlstand und den unerbittlichen Geboten des Notstands“, sagte Bundesfinanzminister Starke am Mittwoch unter großem Beifall der Abgeordneten am Schluß seiner Etlatrede. „Nur damit dienen wir unserem Vaterland.“

Der Haushalt für 1963 mit dem nach den Worten des Ministers dem sprunghaften Anstieg der Ausgaben ein Ende gesetzt werden soll, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 56,8 Milliarden D-Mark ab.

„Wir wissen, daß die Spannungen um Kuba und an anderen Stellen der Welt für unser geteiltes Vaterland jeden Tag eine tödliche Gefahr werden können“, betonte Starke.

Starke teilte dem Parlament mit, daß der Verteidigungsminister schon für das laufende Jahr eine Nachforderung über 700 bis 800 Millionen DM geltend mache. Andererseits äußerte Starke, daß die Bundesrepublik „bis an die Grenze dessen gegangen ist, was für die äußere Sicherheit getan werden kann, ohne daß andere für die politische und wirtschaftliche Entwicklung wesentliche Aufgaben zurückgestellt werden.“

Steuererhöhungen lehnte der Finanzminister ab. (Siehe Wirtschaft.)

Raketenparade auf dem Roten Platz

Nachrichtendienst der WELT

Moskau, 7. November

Höhepunkt der Revolutionsfeiern in der Sowjetunion war am Mittwoch die große Truppenparade vor dem Lenin-Mausoleum. Im Mittelpunkt der militärischen Schau stand der Vorbeizug von Raketenverbänden, bei dem auch Typen mitgeführt wurden, die von den amerikanischen Aufklärungsflugzeugen in Kuba aufgespürt worden waren.

Als unverkennbar maßvoll bezeichnete politische Beobachter die Rede des sowjetischen Verteidigungsministers Marschall Malinowski, die er anläßlich der großen Truppenparade hielt.

Zu Beginn und zur Beendigung der Parade spielte die Militärkapelle die kubanische Revolutionshymne.

Werden die Weihnachtsgänse teurer?

Von unserem Korrespondenten

-ves. Bonn, 7. November Der Geflügelhandel kündigt eine Verteuerung der Weihnachtsgänse um zwanzig Prozent an, falls die Einfuhrbelastung nicht verringert wird. Sollte der Bundestag die Ermäßigung der Einfuhrbelastung beschließen, wird der Wettbewerb im Lebensmittelhandel automatisch die Weitergabe des ersparten Betrages an den Verbraucher erzwingen, versichert der Handel. (Siehe Wirtschaft.)

Flucht in die Wahrheit

Von KURT BECKER

Die „Spiegel“-Affäre im Bundestag

Die Schleier müssen fallen

Prestige der Regierung in Gefahr

Die „Spiegel“-Affäre enthält so viele Aspekte, daß niemand einen Schritt weiterkommt, auch das Parlament nicht, so lange die Grenzen weiter so verwischt werden, wie dies unablässig geschieht. Wir haben es einmal mit dem substantiellen Kern der Affäre zu tun, dem vermuteten Landesverrat. Auf einer anderen Ebene liegt die Frage, ob im Zuge der Maßnahmen rechtsstaatliche Verstöße und Verfahrensmängel unterliegen oder — und um diese Frage geht es ganz besonders — sogar bewußt in Kauf genommen wurden. Dazu kommt der koalitionspolitische Aspekt, die undurchsichtigen Querverbindungen in der hohen Bürokratie. Ein Aspekt, der ausreichte, um eine handfeste Koalitionskrise zu entfesseln.

Vordergründig gesehen, ist die Krise in der Regierung überwunden. Aber dadurch, daß zwei Staatssekretäre der Koalitionsraison einstweilen geopfert wurden, ist die Ursache der Krise noch nicht beseitigt. Zu allem kommt nun noch hinzu, daß die Koalition sich wahrscheinlich zum zweiten Male mit dem Problem Stammerger beschäftigen muß, nur diesmal von einer ganz anderen Seite. Nicht allein die Christlichen Demokraten, auch die Freien Demokraten fragen sich mehr denn je, ob hier der richtige Mann auf dem richtigen Posten steht.

Wer sich zwischen diesen politischen Komplexen noch hindurchwinden will — und die Politiker sind dazu gezwungen, wenn sie den Nebel zerreißen wollen —, wird trotz aller Erregung, wie wir sie gestern im Bundestag erlebten, einen kühlen Kopf behalten müssen. Noch erleben wir die Phase, in der ein großer Eintopf angerührt wird, aus dem die Regierung und ihre Kritiker sich jeweils das herausfischen, was ihrer Position dienlich erscheint.

Kein Wunder deshalb, daß die Vertreter der Regierung, der Bundeskanzler an der Spitze, immer wieder das Wort Landesverrat wie Felsbrocken in die Debatte werfen. Die ersten detaillierten Angaben der Bundesanwaltschaft über die Verhaftung des Obersten Wicht haben der Regierung Auftrieb gegeben. Aber in ein schwebendes Verfahren sollte niemand eingreifen. Auch der Kanzler nicht, obwohl er sich dazu gestern im Bundestag hinreißen ließ. Bis zu einem Urteil des Bundesgerichts läßt sich zum Ausgangspunkt dieser Affäre und zum Stand der Ermittlungen wenig mehr sagen als dies: Die Bundesanwaltschaft ist nicht ins Leere gestoßen.

Aber damit ist nicht alles andere vom Tisch, und es ist unverändert das Bündel von Begleiterscheinungen, das Bonn, und nicht nur Bonn, politisch in Atem hält. Bestimmt hätte sich die Ermittlung wegen vermuteten Landesverrats auch genauso wirksam erreichen lassen, wäre die politische Führung auf allen Ebenen mit Fingerspitzengefühl vorgegangen, wäre sie peinlich darauf bedacht gewesen, nichts zu unternehmen, was sie anschließend verschleiern zu müssen glaubt.

Der Zweck heiligt die Mittel? Dieses Wort sollten diejenigen, die es in Bonn in diesen Tagen aussprechen, einmal auf seinen schrillen Klang hin untersuchen. Spüren sie nicht selbst, wie sie im Begriff sind, sich innerlich schon vom Rechtsstaat zu entfernen?

Der Kanzler äußerte vor dem Bundestag, es sei ihm egal, ob jemand in Hamburg oder in Malaga verhaftet werde. Ist es ihm auch egal, auf welche Weise dies geschieht? Denn diese Frage, die Verhaftung von Conrad Ahlers, drängt sich mehr und mehr in den Vordergrund. Als am Mittwoch früh die Fragen auf den Bundesinnenminister eingehagelten, war er mehr als einmal in die Enge gedrängt. Ob Zensur oder nicht, ob bei der Beschlagnahme und Durchsuchung zur Nachtzeit dies durch die einzig denkbare Rechtfertigung, daß nämlich Gefahr im Verzuge sei, gedeckt sei — die Antworten hierauf waren wenig

(Fortsetzung Seite 2)